

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 1. März 2000

329. Interpellation von Andrea Widmer Graf betreffend Schutzverband der Flughafenanoher, Beitritt. Am 1. September 1999 reichte Gemeinderätin Andrea Widmer Graf (FDP) folgende Interpellation GR Nr. 99/404 ein

Der Schutzverband beschloss am 25. August 1999, das Flughafengesetz, das am 28. November zur Abstimmung kommt, zu bekämpfen und die Abstimmungskampagne mit Fr. 100 000 – zu unterstützen. Mit diesem Entscheid wendet sich der Schutzverband klar gegen die Verselbständigung des Flughafens und damit gegen einen modernen, konkurrenzfähigen Flughafen.

Für die Stadt Zürich ist dieser Entscheid des Schutzverbandes besonders brisant, weil der Stadtrat vor einigen Monaten beschlossen hat, dem Schutzverband beizutreten, und dem Gemeinderat mit einer Weisung diesen Beitritt beantragt hat.

Der Stadtrat betont immer wieder seine Absicht, den Wirtschaftsstandort Zürich zu fördern. Wenn den schonen Worten jedoch entsprechende Taten folgen sollten, ist der Stadtrat meistens uneins und schreckt vor den nötigen Schritten zurück. Ist es dem Stadtrat mit der Wirtschaftsförderung tatsächlich ernst, sollte er in der jetzigen Situation auf einen Beitritt zum Schutzverband sofort verzichten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass der Flughafen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Zürich eine wesentliche Rolle spielt? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, weshalb will dann der Stadtrat die Verselbständigung und zeitgemässe Entwicklung des Flughafens verhindern?
2. Ist der Stadtrat nicht auch der Ansicht, dass – wenn die Entwicklung des Flughafens gebremst oder verhindert wird – der Bau von 10 000 Wohnungen überflüssig wird und die neueste Schulraumplanung überdimensioniert ist?
3. Die Stadt will sich an der neuen Flughafen AG finanziell beteiligen und strebt auch einen Verwaltungsratssitz in der Flughafen AG an. Gleichzeitig will der Stadtrat jedoch mit einem Beitritt zum Schutzverband die Bildung dieser Flughafen AG bekämpfen. Wie kann der Stadtrat diesen Widerspruch erklären?
4. Als der Stadtrat im April diesen Jahres den Beitritt zum Schutzverband beschloss, war die Haltung des Schutzverbandes zum Flughafengesetz noch offen. Ist der Stadtrat aufgrund der neuesten Entwicklung im Schutzverband auch der Meinung, die Stadt Zürich solle im jetzigen Zeitpunkt auf einen Beitritt zum Schutzverband verzichten? Ist der Stadtrat bereit, die Weisung 100 zurückzuziehen?

Auf den Antrag des Vorstehers des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Der Flughafen spielt eine wesentliche Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Die Schweizer Wirtschaft ist traditionell stark global ausgerichtet und der Zürcher Flughafen ist für die Schweiz das Tor zum Ausland. Für die Stadt Zürich mit Sitz vieler nationaler und internationaler Firmen ist ein guter Anschluss an das globale Verkehrsnetz sehr wichtig.

In sämtlichen Studien zum Wirtschaftsstandort Zürich wird die Nähe des Flughafens zur Stadt und dessen internationale Bedeutung als einer der wichtigsten positiven Standortfaktoren genannt. Der Flughafen muss sich deshalb weiterentwickeln können. Für eine positive Entwicklung des Flughafens ist die Unterstützung und Zustimmung

der Bevölkerung, auch ausserhalb von Zürich, notwendig. Der Stadtrat unterstützt die Verselbständigung und zeitgemässe Entwicklung des Flughafens, ist aber gleichzeitig verpflichtet, die betroffene Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Flughafens wie Lärm- und Luftbelastungen zu schützen. Von den aktuellen Ausbauplänen sind unter anderem auch Gebiete der Stadt Zürich direkt betroffen («right turn» über Zürich).

Zu Frage 2: Die Frage geht von der Annahme aus, dass die Wohnungsnachfrage in der Stadt Zürich in einer direkten Abhängigkeit vom Ausbau des Flughafens steht. Es gibt keine Indikatoren, die einen solchen Zusammenhang nachweisen. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Stadt Zürich hängt primär von der Zunahme des Wohnraumverbrauchs, von der Verkleinerung der Haushalte und von Migrationsströmen, die in keinem Zusammenhang mit dem Flughafen stehen, ab. Sekundär hängt die Wohnungsnachfrage in der Stadt Zürich vom quantitativen und qualitativen Angebot ab, das die Stadt im Vergleich zur Agglomeration zu bieten hat.

Das Projekt «10 000 Wohnungen in 10 Jahren» hat nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Ziele. Strukturelle Defizite im Stadtzürcher Wohnungsmarkt sollen durch die Schaffung von grossen Wohnungen für Familien und gute SteuerzahlerInnen abgebaut werden. Die zusätzliche Bereitstellung von 10 000 Wohnungen in 10 Jahren ist angesichts des permanent tiefen Leerwohnungsbestandes in der Stadt gerechtfertigt. In den vergangenen Jahren erhöhte sich der Wohnungsbestand jährlich um durchschnittlich 600 bis 1000 Wohnungen.

Der Ausbau des Flughafens kann sich örtlich negativ auf die Nachfrage nach Wohnungen auswirken. Dies ist besonders von Bedeutung, weil grössere Stadtzürcher Baulandreserven im nördlichsten Teil der Stadt liegen, welcher bereits heute vom Fluglärm betroffen ist.

Die im zweiten Teil der Frage angesprochene Schulraumplanung muss sich an der prognostizierten Nachfrage orientieren. Ausreichend dimensionierter Schulraum mit einem qualitativ hochstehenden Bildungsangebot ist für breite Bevölkerungsschichten ein wichtiger Faktor bei der Wahl des Wohnungsstandortes. Die Schulraumplanung der Stadt Zürich ist auf dieses Ziel ausgerichtet, realistisch und zukunftsorientiert.

Zu Frage 3: Der Flughafen steht im Spannungsfeld der Interessen. Auf der einen Seite ist der Flughafen Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und fördert Zürich als Headquarterstandort und Ferienziel.

Auf der anderen Seite hat der Flughafen auch negative Auswirkungen wie Lärm und Luftverschmutzung. Die betroffenen AnwohnerInnen haben ein Anrecht auf die Unterstützung und das Engagement des Stadtrates zur Wahrung ihrer berechtigten Anliegen.

Der Flughafen ist kein lokales, sondern ein regionales Gebilde. Der Verbund mit den Gemeinden war daher auf allen Ebenen (Planung, Wirtschaft, Umwelt) zu suchen. Die Gemeinden sind im Schutzverband zusammengeschlossen. Im Verband werden keine privaten, sondern öffentliche Interessen wahrgenommen und einige Mitgliedsgemeinden, beispielsweise Opfikon, profitieren direkt sehr stark vom Flughafen.

Die Mitgliedschaft im Schutzverband sollte als Mittel dienen, um die Position der Stadt in der Region einzubringen und dafür Verständnis zu schaffen. Die Stadt Zürich wollte ein Zeichen setzen, dass sie sich nicht nur als Profiteurin des Flughafens sieht, sondern sich auch für die Lösung der damit verbundenen Probleme einsetzt. Die Stadt Zürich wollte mit ihrem beabsichtigten Beitritt zum Schutzverband zeigen, dass ihr die Anliegen der Bevölkerung wichtig sind und gleichzeitig ihre Verbundenheit und Dialogbereitschaft mit den umliegenden Gemeinden betonen.

Durch die Mitgliedschaft im Schutzverband und die Einsitznahme im Verwaltungsrat der Flughafen AG beabsichtigte der Stadtrat seinen Einfluss an verschiedenen Orten gleichzeitig geltend zu machen. Der Stadtrat wollte die Bildung der Flughafen AG nicht bekämpfen.

Zu Frage 4: Mit Weisung 100 GR Nr. 99/149 vom 7. April 1999 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Antrag auf Beitritt der Stadt Zürich zum Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen gestellt. Juristisch hatte die Zuständigkeit für den Beitritt beim Stadtrat gelegen. Der Stadtrat entschied sich jedoch dafür, die damals politisch breit diskutierte Beitrittsfrage dem Gemeinderat zu unterbreiten. Dies in der Erwartung, dass sich im Rahmen der Beratung in der gemeinderatlichen Kommission eine breite Zustimmung herausbilden werde.

Der Beitritt wurde im Gemeinderat nach wie vor sehr kontrovers beurteilt, und es zeichnete sich eine nur knappe Zustimmung des Gemeinderates ab. Die gesuchte breite Zustimmung war damit ausgeblieben, womit dem Beitritt die politische Grundlage fehlte. Der Stadtrat hat deshalb am 5. Januar 2000 seine Vorlage zurückgezogen.

Der Stadtrat wird sich, wie bereits in der Vergangenheit, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterhin für die Interessen der Bevölkerung einsetzen. Dieses Ziel will er nach dem Positionsbezug des Schutzverbandes in der letzten Flughafenabstimmung zukünftig im Rahmen des «Runden Tisches», der Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden und mit der Einflussnahme im Verwaltungsrat des ausgegliederten Flughafens verfolgen.

Mitteilung an den Stadtpräsidenten, die Vorsteher des Gesundheits- und Umwelt- sowie des Hochbaudepartements, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten, die Fachstelle für Stadtentwicklung, das Amt für Städtebau und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber